Globaler Süden und internationale Solidarität

29. Januar 2026

Insbesondere durch die nationalistische Politik von Donald Trump ist die internationale Solidarität reduziert worden: MAGA, Stopp von Entwicklungshilfe und medizinischer Förderung für die Länder des Südens. Für eine Wiederaufnahme und Stärkung der internationalen Solidarität ist es notwendig, die Rahmenbedingungen und die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Ländern des globalen Südens und Nordens näher zu betrachten.

Dies haben Daniel Sidler, Marino Ferri, Thomas Metzger und Regina Agast in dem Band (2025): „Globaler Süden. Entwicklungspolitik und Erinnerung in einer postkolonialen Welt“ analysiert.

Der Band ist in fünf Kapitel gegliedert, aus welchen einzelne für die Solidarität wichtige Aspekte in dieser Rezension behandelt werden.

Einleitend stellen die Verfasser*innen fest, dass das ursprüngliche Ziel der „Entwicklungszusammenarbeit“, den Wohlstand der reichen Länder für alle zu erreichen, nicht eingehalten wurde. Deswegen sei eine historisch-kritische Analyse des Nord-Südverhältnisses und der Konzepte von „Entwicklung“ und „Modernisierung“ erforderlich.

1. Begriffe, Konzepte, Debatten

Der „Globale Süden“ wurde lange Zeit als „Dritte Welt“ bezeichnet. Der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten hat die Begriffe „Erste“, „Zweite“ und „Dritte“ Welt aufgehoben.

Dem „Globalen Süden“ werden nicht nur die Länder in Afrika, Mittel- und Lateinamerika und weiter Teilen Asiens, sondern auch ärmere Länder im Mittelmeerraum und Osteuropa zugerechnet.

Problematisch ist der Begriff „Entwicklung“, unter welcher meist die Anpassung an den kapitalistischen Norden verstanden wird, der jedoch auch dort nicht zur Aufhebung von Armut geführt hat.

André Gunder Frank kritisiert, dass dem Kolonialismus gemäß das Kapital von den „unterentwickelten Satelliten“ in die „Metropolen“ abfließe. Diese Länder würden in erster Linie als Rohstofflieferanten gesehen, was es ihnen unmöglich mache, ihre Position in der Peripherie zu verlassen.

Fabian Eboussi Boulaga stellt dazu den Entwicklungsbegriff infrage, weil dieser auf der Überlegenheit der westlichen Zivilisation beruhe und man mit seiner Übernahme auch deren zentrale kulturelle Elemente übernehmen müsse. Arturo Esobar weist darauf hin, dass auch in früheren europäischen Gesellschaften Formen des Umgangs mit Armut entwickelt wurden, die nicht ausschließlich auf technologischem Fortschritt beruhen, sondern Vorstellungen von Gemeinschaft, Genügsamkeit und Effizienz entsprechen. Die Ausbreitung der Marktwirtschaft habe diese gemeinschaftlichen Bindungen zerbrochen.

2. Der globale Süden als politischer Akteur

Mit fortschreitender Dekolonisation entstand die „Bewegung der Blockfreien Staaten“, um internationale Interessen vorwiegend der afrikanischen und asiatischen Staaten vertreten zu können. Die Bewegung begann mit der Konferenz von Bandung im Jahre 1955. In Colombo wurden 1976 fünf zentrale Prinzipien der Blockfreiheit formuliert: das Recht auf Selbstbestimmung, wirtschaftliche Entwicklung, Frieden, Solidarität sowie Ablehnung von Kolonialismus und Imperialismus.

Auf der Konferenz in Havanna im Jahre 1979 entwickelte sich ein Richtungsstreit: während einige Staaten wie Jugoslawien dafür plädierten, einen eigenen Weg zu verfolgen, suchten andere unter der Führung Kubas den Anschluss an die sozialistischen Staaten.

Als Folge der Entspannungs- und Abrüstungspolitik der Großmächte und des Zerfalls der Sowjetunion rückte die Wirtschaftspolitik zunehmend in den Mittelpunkt der Politik – verbunden mit der Forderung nach Beseitigung der Armut des Südens als Folge der strukturellen Ungleichheit der Weltwirtschaft.

3. Nord-Süd-Beziehungen als Entwicklungszusammenarbeit

Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Norden und Süden kam schon in der Terminologie zum Ausdruck: während „Entwicklungshilfe“ eindeutig die Dominanz des Nordens zum Ausdruck brachte, zielten Begriffe wie „Entwicklungszusammenarbeit“ oder „Entwicklungspartnerschaft“ stärker auf Gleichberechtigung in der Zusammenarbeit ab.

„(Unter) Entwicklung“ wurde… in erster Linie wirtschaftlich gesehen und der wirtschaftiiche Standard des Westens als Leitgröße definiert. „Entwicklungshilfe“ wurde verstanden als Beziehungen, die dem Grundsatz folgten: „Probleme dort“, „Problemlösungen hier“… (158). Als Lösung wurde vorwiegend „technische Hilfe“ gesehen. Durch Bereitstellung von Wissen und Kapital sollte eine wirtschaftliche Modernisierung entstehen. Einen wichtigen Beitrag sollte auch der Umweltschutz leisten, der durch die von der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ geforderten Nachhaltigkeit erreicht werden sollte. Ende des 20. Jahrhunderts wurde Entwicklung durch Vorgabe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds als „Strukturanpassung“ verstanden. Diese führte in vielen Ländern zu Preiserhöhungen, die durch Aufstände in der Bevölkerung bekämpft wurden.

Als Folge wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Entwicklungsförderung stärker an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst, indem vorwiegend Hunger und Armut bekämpft worden. Anstelle der Ausrichtung der Entwicklungsförderung auf Regierungen trat eine konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Individuen wie Zugang zu Nahrung, Gesundheit und Schutz vor Gewalt. Die Erfüllung dieser offensichtlichen Bedürfnisse der Bevölkerung geschah durch Bereitstellung von Impfstoffen, Antibiotika, Nahrungsmitteln, verbessertes Saatgut, Bau von Straßen und Wasserleitungen sowie Bildungsförderung.

3.2. Deutsche Entwicklungspolitik

Auch die deutsche Entwicklungspolitik hat aus Fehlern in der Vergangenheit gelernt und nicht mehr die Förderung der eigenen Interessen in den Mittelpunkt gestellt, sondern eine Partnerschaft gefördert, die stärker die Interessen der Länder des Südens und ihrer Bevölkerung in den Mittelpunkt stellte. Ziel ist eine globale Partnerschaft, die für alle Länder Verantwortung übernimmt. Hierfür wurden acht Handlungsfelder identifiziert, die zentrale Zukunftsfragen aufgreifen:

1. Ein Leben in Würde weltweit sichern
2. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen
3. Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden
4. Menschenrechte und gute Regierungsführung fordern und fördern
5. Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken
6. Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen
7. Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen
8. Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaft für die Umsetzung entwickeln“(237).

Diese Zukunftscharta hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit 2015 veröffentlicht.
Die Ziele berücksichtigen Konzeptionen, die von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt worden, die im folgenden Kapitel dargestellt werden.

4. Kirchen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft in den Nord-Süd-Beziehungen

Der Kampf gegen Kolonialismus und sein Ende haben in den 1950 er und 1960 er Jahren zu einer Neuorientierung der Kirchen geführt. Sie sahen ihre Aufgabe nicht mehr nur in der Verkündung und Verbreitung des Glaubens, sondern haben sozial- und bildungspolitische Projekte entwickelt, die Manifeste der christlichen Nächstenliebe waren und diese praktisch umsetzten.

Einflussreichstes Beispiel war die Befreiungstheologie, die in Lateinamerika entwickelt wurde

und dem sozioökonomischen Kampf der ärmsten Bevölkerungsschichten eine Stimme geben sollte.

Oft in Kooperation mit den Kirchen stand die „Dritte-Welt-Bewegung“, die eine Vielzahl von Aktivist*innen in unterschiedlichen Ländern umfasste. Nach Konrad J. Kuhn lässt sie sich in drei Gruppen einteilen: Erstens gab es Hilfswerke, die häufig von Kirchen getragen wurden, zweitens Gruppierungen mit häufig studentischem oder kirchlichem Hintergrund, die sich durch politische Aktionen auszeichneten. Ihnen ging es weniger um Geld, sondern um die Sensibilisierung von Politik und Zivilgesellschaft. Die dritte Gruppe bildeten die „Solidaritätskomitees“, die politische Umbrüche und Revolutionen zum Beispiel in Chile finanziell und personell unterstützen.

Ähnlich orientiert war die „Internationale Solidarität“ der bundesdeutschen Studentenschaft zwischen 1956 und 1968, die einen antiimperialistischen und sozialrevolutionären Kurs vertrat.

1968 veröffentlichte eine Gruppe von reformierten Theolog*innen und anderen kirchlichen Aktivist*innen die „Erklärung von Bern“, welche die unfairen Handelsbeziehungen als Ursache der Unterentwicklung benannte. In ihrem Manifest forderte sie, nicht mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen: „Für Waren aus den Entwicklungsländern muss ein gerechter Preis bezahlt werden, damit die dort geleistete Arbeit besser entlohnt werden kann“ (297). Ziel war der „Fairtrade“, der unter anderem in „Dritte-Welt-Läden“ umgesetzt wurde. Diese hatten zwar nur einen bescheidenen Umsatz, waren aber als Protestbewegung gegen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit erfolgreich.

4.3. Multinationale Großkonzerne im globalen Süden

Konträr zum Berner Manifest und den Dritte-Welt-Läden haben transnationale Konzerne eine neokoloniale Politik betrieben, die darin besteht, formal unabhängige und souveräne Staaten in ihrer Politik und ihren Wirtschaftssystemen zu lenken. „Das Ergebnis des Neokolonialismus ist, dass ausländisches Kapital für die Ausbeutung und nicht für die Entwicklung der weniger entwickelten Teile der Welt eingesetzt wird“ (318). Dadurch wird die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern vergrößert, statt sie zu verringern. Als Beispiel für diese Form des Neokolonialismus wird der französische Konzern Balloré angeführt, der mehrere afrikanische Staatspräsidenten bei Wahlen unterstützt habe und dafür durch wirtschaftliche Vorteile für das Unternehmen entlohnt worden sei.

5. Erinnerungskämpfe und Erinnerungspolitik

Gleichheit zwischen den Ländern des Nordens und des Südens lässt sich nicht nur durch die ohne Zweifel unerlässliche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen. Notwendig ist auch die Aufarbeitung der sozialen und psychischen Probleme, die durch Versklavung und koloniale Unterdrückung entstanden sind. Traumata der Geschichte, die

durch Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung unschuldiger Menschen entstanden sind, müssen durch gemeinsame Aufarbeitung von Opfern und Tätern behoben werden. Dies gilt für den Holocaust und den Kolonialismus gleichermaßen.
Afrika ist ein Kontinent, der durch asymmetrische und entmenschlichte Herrschaft versklavt wurde und davon bis heute geprägt ist. Es muss sich davon befreien, indem es sich der Epoche der Schande und des Vergehens in einem Akt der Selbstreinigung stellt.
Für die Versöhnung ist es wichtig, dass sie beide Seiten an der Aufarbeitung beteiligen. Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu hat dadurch zum Ende der Apartheid und der Rassentrennung beigetragen. Den Europäern kann nur verziehen werden, wenn sie sich zu ihrer Schuld bekennen.

5.3. Deutschland und Namibia

Zwischen Deutschland und Namibia ist das bis heute nicht ausreichend geschehen. In der Geschichtswissenschaft herrscht seit Ende des 20. Jahrhunderts Konsens darüber, dass die Tötung von Ovaherero und Nama in der damaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Völkermord zu bezeichnen ist. Mit der Vernichtung von Menschen war auch Enteignung, Vertreibung, Deportation, Vergewaltigung und Zwangsarbeit verbunden. Noch 2003 hat sich der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer geweigert, eine „entschädigungsrelevante“ Entschuldigung auszusprechen. Dies entsprach der Position der Regierung, Deutschland sei zwar moralisch, nicht aber rechtlich verantwortlich, um Entschädigungszahlungen vorsehen zu können.

2021 gab es zwar eine „Joint Declaration“ zwischen der Bundesrepublik und der Republik Namibia, die als „Aussöhnungsabkommen“ bezeichnet wurde. Sie ist aber bis heute nicht unterzeichnet und umgesetzt worden, weil die Vertreter*innen der Herero und Nama nicht an den Verhandlungen beteiligt waren und ihre Entschädigungsansprüche nicht durchsetzen konnten. Zwar wurden Entwicklungsprojekte und ihre Finanzierung durch die Bundesrepublik konzipiert, nicht jedoch die direkte Entschädigung der Nachfahren der Opfer. Die neu gewählte namibische Präsidentin Netumbo Nandi-Ndaitwah hält den Druck auf Deutschland aufrecht ,mehr als Symbolpolitik zu tun und Reparationen zu leisten, wie einem Artikel der „taz“ vom 14.1.2026 zu entnehmen ist.

Diskussion

Internationale Solidarität zur Förderung des globalen Südens lässt sich nur verwirklichen, wenn die von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen entwickelten Konzepte für die Förderung des globalen Südens umgesetzt werden.

Der Neoliberalismus ist eine Fortsetzung der rassistischen Diskriminierung, wenn er für die Ungleichheit der Nationen des Südens deren Bewohneri*nnen wegen mangelnder Leistung verantwortlich macht und nicht das Weltwirtschaftssystem.

Ebenso wie im Norden lässt sich auch im globalen Süden Armut nur durch strukturelle Änderungen der Gesellschaft und Wirtschaftssystems bekämpfen. Wesentliche Beiträge sind eine angemessene Bezahlung der Arbeiter*innen des Südens, Schuldenerlass als Kompensation der kolonialen Ausbeutung und Akzeptanz der Verantwortung der Industrieländer des Nordens für die zum Teil katastrophalen Folgen der Klimaveränderungen im Süden.